

Inhalt

1-2 Im Blickpunkt

- Willkommen zur Hauptversammlung in Nürnberg
- Reden wir über die gemeinsamen Herausforderungen!
Grußwort von Dr. Ulrich Maly

3-8 Foren der Hauptversammlung

- Forum A: Soziales Leben in der Stadt: Wie ändert sich unser Zusammenleben?
- Forum B: Mobiles Leben in der Stadt: nachhaltig, klimaschonend, flexibel
- Forum C: Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel
- Forum D: Kulturelles Leben in der Stadt: vielfältig, weltoffen, identitätsstiftend
- Forum E: Heimat • Zukunft • Stadt – auch eine Frage des Geldes!
- Interfraktionelle Frauensitzung: Gender Mainstreaming und Diversity im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik

10-12 Forum

- Für die Idee der Europäischen Union werben – bürgernahes Europa verwirklichen
Von Helmut Dedy
- Kommunale Investitionen stärken
Von Verena Göppert

14 Personalien

16 Termine

Heimat • Zukunft • Stadt – Willkommen zur Hauptversammlung

„Heimat. Zukunft. Stadt“ – die drei Worte des Mottos unserer Hauptversammlung stecken voller Bedeutung: Städte sind vielen Menschen Heimat in einer unruhiger werdenden Welt. Städte sind Zukunft, weil sie Wandel gestalten. Städte sorgen bei allen globalen politischen Veränderungen für Lebensqualität. Städte sichern Stabilität, gerade in Zeiten der Veränderung.

Der Deutsche Städtetag wird seine 39. Hauptversammlung in Nürnberg nutzen, die Rolle der Städte vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und technischer Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung zu verdeutlichen. Und wir wollen den Wert der Städte für das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft beleuchten.

In den fünf Foren werden die Herausforderungen zum sozialen, mobilen und kulturellen Leben in der Stadt diskutiert sowie die Zukunft von Stadt und Handel, vor allem vor dem Hintergrund des rasch zunehmenden Online-Handels. Und natürlich wollen wir auch erörtern, wie wir angesichts des Wandels in unserem Land die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte sichern.

Außerdem wird der Deutsche Städtetag die Hauptversammlung nutzen, als Stimme der Städte wesentliche Anliegen gegenüber Bund und Ländern anzusprechen, die auch die nächste Legislaturperiode betreffen. Als Themen seien beispielsweise genannt: Wie kann es gelingen, nachhaltig mehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur und damit auch in den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erreichen? Wie schaffen wir mehr guten und bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten? Wie kann strukturschwachen Städten und Regionen konsequenter geholfen werden? Und wir werden über Herausforderungen der Integration von Zugewanderten sprechen – ein Dauerbrenner.

Wir freuen uns auf gute Gespräche und anregende Diskussionen in Nürnberg.



Dr. Eva Lohse
Präsidentin des Deutschen Städtetages
Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen



Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Reden wir über die gemeinsamen Herausforderungen! Hauptversammlung in Nürnberg – Gelegenheit zum Praxisaustausch

„Heimat. Zukunft. Stadt“: Unter dieses Motto hat der Deutsche Städtetag seine 39. Hauptversammlung gestellt, zu der ich Sie in Nürnberg herzlich willkommen heiße. Als fast tausendjährige Stadt, beflügelt von Blütezeiten in Spätmittelalter, Renaissance und Industrialisierung, aber auch belastet durch die besondere Rolle als Stadt der Reichsparteitage im Nationalsozialismus, steht Nürnberg als wachsende Halbmillionenstadt heute vor großen Entwicklungsmöglichkeiten wie auch vor gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen. Heimatgefühl vermitteln und Zukunftschancen bieten erfordert aktive Gestaltung der Gegenwart.

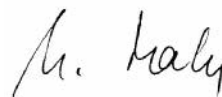
Die größte kommunalpolitische Versammlung in Deutschland ist die Gelegenheit zum Austausch über Fragen, die uns alle gemeinsam, wenn auch in unterschiedlicher Akzentuierung und Intensität, betreffen. Wir wollen diesem Austausch mehr Raum geben und bieten neben den bewährten Foren und Plenumsveranstaltungen erstmals Exkursionen zu ausgewählten Themen an – sicher nicht 1:1 übertragbar, aber doch mit vergleichbaren Problemstellungen in vielen Städten.

Für Nürnberg von großer Bedeutung ist der Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus. Das ehemalige Reichsparteitagsgelände stellt – wegen der schieren Größe der baulichen Hinterlassenschaften und der Bedeutung als Propagandastätte der NS-Täter – einen historischen Lernort von nationaler Bedeutung dar. Den gilt es auch für kommende Generationen sicht- und erfahrbar zu erhalten, ohne ihn zu mystifizieren. Ähnliches gilt unter anderen Vorzeichen für den Schwurgerichtssaal 600, der die Nürnberger Prozesse und damit die Geburtsstunde des Internationalen Völkerstrafrechts dokumentiert. Beide Stätten authentisch für Besucher jeden Alters aus dem In- und Ausland zu gestalten, kann keine rein kommunale Aufgabe sein. Gleichwohl zeigt die Erfahrung, dass die Haltung der örtlichen Politik und Gesellschaft gegenüber der geschichtlichen Verantwortung wesentlich dafür sind, ob die Aufarbeitung zukunftsgerichtet angegangen wird. Das betrifft viele Kommunen deutschlandweit und wir können hier voneinander lernen.

Gemeinsam stehen wir auch vor gesellschaftlichen Herausforderungen, die in jeder Stadt eigene Antworten erfordern: Wie gehen wir mit der gestiegenen Heterogenität im Bildungssystem um – verstärkt, aber

nicht ausschließlich verursacht, durch die gestiegene Zuwanderung? Kommunen sind als Bauherren und Sachaufwandsträger gefordert – dies wollen wir am Beispiel der öffentlich-öffentlichen Partnerschaft von Stadt und kommunaler Wohnungsbaugesellschaft beim Bau einer Ganztagsgrundschule diskutieren – ebenso wie als Schulträger, wie die Exkursion zur kommunalen Berufsschule mit Fokus auf die Sprachintegrationsklassen für jugendliche Zugewanderte zeigt. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die bauliche, soziale, kulturelle, ökologische und ökonomische Aspekte in den Blick nehmen, bieten die Chance, Entwicklungsaufgaben ganzheitlich anzugehen. In Nürnberg steht dafür beispielhaft der Westen – gezeichnet durch das Aus für die Traditionsunternehmen AEG und Quelle, aber auch geprägt von hoffnungsvollen Ansätzen aus Forschung, Kultur, Bildung und Wohnen. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf brauchen neben der fachlichen Aufmerksamkeit aller Ressorts auch zivilgesellschaftliche Kümmerer – Unternehmen und Einzelpersonen als Stadtteilpaten sind eine Form langfristigen Engagements, von dem vor allem Kinder und Familien in Nürnberg sehr profitieren – zwei von ihnen stellen sich und ihren Einsatz persönlich vor. Innerstädtische und regionale Mobilität mit der Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und Systeme – wir laden zu einer intermodalen Rundfahrt ein – sind ebenso eine Zukunftsaufgabe wie die Gestaltung der Energiewende vor Ort, die wir beim Besuch im Gas- und Dampfkraftwerk des örtlichen Energieversorgers diskutieren möchten. Und schließlich bietet ein Besuch des Tiergartens Nürnberg Anlass, über die sich zuspitzenden gesellschaftlichen Debatten rund um Tierschutz und Tierhaltung ins Gespräch zu kommen. Wir hoffen, dass die Exkursionen für uns alle von gewinnbringenden Diskussionen begleitet werden.

Ich freue mich auf die Begegnungen bei der Hauptversammlung 2017 in Nürnberg. Möge sie eine Plattform für Praxisaustausch und gegenseitige Inspiration sein, damit unsere Städte auch in Zukunft Lebensqualität und Heimat bieten.



Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Vizepräsident des Deutschen Städtetages

Soziales Leben in der Stadt: Wie ändert sich unser Zusammenleben?

Gesellschaftliche Veränderungen, wie zum Beispiel die demografische Entwicklung, die Zunahme kultureller Vielfalt und die Individualisierung prägen das soziale Miteinander in den Städten ebenso wie ökonomische und technische Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung. Die Zukunftsfähigkeit und langfristige Finanzierbarkeit unserer sozialen Sicherungssysteme beschäftigt die Menschen. Sie stellen sich aber auch die Frage, wie ein friedliches und den unterschiedlichen Interessen gerecht werdendes Zusammenleben in der lokalen Gemeinschaft gelingen wird. Das Forum wird sich mit wichtigen Zukunftstrends und möglichen Konsequenzen für das Zusammenleben vor Ort beschäftigen.

„Es ist eine zentrale Aufgabe der Städte, das soziale Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger aktiv zu gestalten durch eine Infrastruktur, die den Ansprüchen aller Generationen und Interessengruppen gerecht wird. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stellt eine besonders wichtige Aufgabe der Sozial- und Bildungspolitik dar. Die Kommunen brauchen dafür aber die Unterstützung von Bund und Ländern und eine auskömmliche Finanzausstattung.“



Dr. Dieter Salomon
Oberbürgermeister der Stadt
Freiburg im Breisgau,
Stellvertreter der Präsidentin
des Deutschen Städtetages

„Zusammen sind wir Heimat“ ist das Kampagnenthema des Caritasverbandes 2017. Es geht uns darum, wo und wie wir zusammen arbeiten und lachen, gemeinsam Sport treiben und in Freundschaft miteinander verbunden sind – unabhängig von Alter und Herkunft, unabhängig von Einkommen und Geschlecht. Dafür setzt sich die Caritas ein: für eine offene Gesellschaft, in der wir Teilhabechancen für alle gestalten. Unser besonderes Augenmerk gilt den dynamischen Veränderungen, die mit der Digitalisierung verbunden sind. Wir wollen darauf achten, dass keine neuen Barrieren entstehen.“



Eva-Maria Welskop-Deffaa
Designierter Vorstand Sozial-
und Fachpolitik
Deutscher Caritasverband

Mobiles Leben in der Stadt: nachhaltig, klimaschonend, flexibel

Die verkehrspolitischen Weichenstellungen und die Digitalisierung von Lebenswelten können im Bereich der Mobilität zu tiefgreifenden Änderungen führen. Zwei Szenarien konkurrieren: Ändern Menschen ihr Mobilitätsverhalten weg vom fossil betriebenen Individualverkehr? Wird der ÖPNV zukünftig noch stärkere Bedeutung gewinnen? Oder führt die Digitalisierung eher zu

einer weiteren Individualisierung der Mobilität bis hin zum automatisierten und bestenfalls elektrisch motorisierten Individualverkehr? Das Forum will die Herausforderungen für eine nachhaltige Verkehrspolitik, die Rolle der Digitalisierung in der Mobilität diskutieren und kommunale Positionen hierzu schärfen.



Dr. Kurt Gribl
Oberbürgermeister der Stadt Augsburg,
Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Städtetages

„Die Erwartungen an neue Mobilitätskonzepte und ihre positiven Wirkungen auf Umwelt und Straßenraum sind hoch, dabei bildet der öffentliche Verkehr das Mobilitäts- und Nachhaltigkeitsrückgrat für die Städte und ihr Umland und muss gleichzeitig zur Entwicklung von zukunftsorientierten Lösungsansätzen beitragen: bewährte und neuartige Angebote integrieren und die Fragmentierung des Angebots verhindern; Kooperation und Komplementarität zwischen unterschiedlichen Akteuren initiieren; Flotten neu aufstellen, um Umweltbelastungen deutlich zu reduzieren; Veränderungen im Verkehrssystem durch Automatisierung antizipieren, um Gestaltungsspielräume zu erschließen.“



Dr. Kay Lindemann
Geschäftsführer Verband der Automobilindustrie

Mobilität – für Menschen und Güter – ist für die gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliches Agieren essentiell. Zugleich beeinträchtigen deren Flächenbedarf und Emissionen unsere Lebensqualität. Der öffentliche Nahverkehr als umweltverträgliches Verkehrsmittel wird gerade in den Ballungsräumen unverzichtbar bleiben. E-Mobilität, Carsharing, autonomes Fahren oder das Fahrrad sind keine Gegenspieler des ÖPNV. Die Digitalisierung kann unterschiedliche Verkehrsmittel verknüpfen. Dadurch werden die Verkehrsträger zu flexiblen Transportketten vernetzt. Dies bietet die große Chance, den ÖPNV verstärkt den individuellen Bedürfnissen anzupassen.



Prof. Dr. Barbara Lenz
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt,
Institut für Verkehrsforschung

„Urbane Mobilität und Logistik lassen sich nur im Zusammenwirken aller Beteiligten gestalten. Nicht das Gegeneinander von Verkehrsträgern, sondern ihre sinnvolle Verknüpfung muss im Mittelpunkt stehen. Als Teil eines solchen Gesamtsystems urbaner Mobilität wird auch das Auto weiter eine wichtige, wenn auch veränderte Rolle spielen. Innovationen etwa im Bereich Vernetzung, Automatisierung und alternativer Antriebe können helfen, Nutzungskonkurrenzen in urbanen Räumen zu entschärfen und neue Lösungsansätze zu generieren. Die Automobilindustrie möchte als Partner bei der Gestaltung der urbanen Mobilität von morgen mitwirken.“

Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel

Der strukturelle Wandel im Einzelhandel – insbesondere der rasch zunehmende Online-Handel – wirkt sich zunehmend nachhaltig auf Innenstädte und Stadtteilzentren aus. Die Städte stehen angesichts zunehmender Leerstände und Gefahren für die Nahversorgungsfunktion einerseits sowie Verdrängungstendenzen, Interes-

senkonflikten und steigender Miet- und Bodenpreise andererseits vor großen Herausforderungen. Das Forum debattiert die Frage, wie eine erfolgreiche Politik zur Gestaltung attraktiver Städte und eines florierenden Handels in Kooperation gelingen kann.



Stefan Genth
Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland

„Stadt und Handel sind seit jeher in enger Partnerschaft verbunden. Durch die Geschwindigkeit und Tiefe der Veränderungsprozesse infolge der Digitalisierung sowie des demografischen Wandels gilt es, die Zukunft der Innenstädte in noch engerer Abstimmung miteinander zu gestalten. Daher freuen wir uns über gemeinsame Initiativen mit dem Deutschen Städtetag und insbesondere das erstmalig zusammen in Bearbeitung befindliche Positionspapier „Zukunft von Stadt und Handel“. Hierdurch verbessern wir die Kommunikation untereinander und erreichen durch gemeinsame Zielsetzungen einen größeren Widerhall in der politischen Landschaft.“

„Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die Städte ergreifen können, um auch künftig attraktiv für Konsumenten zu sein. Dazu gehören zum Beispiel ein aktives Stadtmarketing, abgestimmte Stadtentwicklungskonzepte und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Diese und andere Empfehlungen wurden in den vergangenen zwei Jahren von Fachleuten aus Unternehmen, Verbänden, Kommunen, Ländern, Bund, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kammern im Rahmen einer „Dialogplattform Einzelhandel“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erarbeitet. Jetzt gilt es, diese Anregungen in die Fläche zu tragen und für die eigene Arbeit vor Ort zu nutzen.“



Dr. Sabine Hepperle
Leiterin der Abteilung für Mittelstandspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie



Bertram Hilgen
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

„Städte sollten angesichts des strukturellen Wandels im Einzelhandel innovative Lösungen mit allen Beteiligten erarbeiten. Priorität haben der Erhalt der Vielfalt in den Städten, die Verhinderung von Leerstand sowie eine gute Versorgung der Bevölkerung in den Innenstädten und Stadtteilen. Dabei sind der stationäre Handel und der Online-Handel künftig nur gemeinsam denkbar und sollten kundenorientiert verknüpft werden. Um attraktive Städte mit erfolgreichem Handel zu sichern, brauchen wir eine konstruktive Kooperation des Handels, der Immobilieneigentümer und der Stadt sowie eine Weiterentwicklung des City- und Stadtmarketings.“

Kulturelles Leben in der Stadt: vielfältig, weltoffen, identitätsstiftend

Globale Entwicklungen wie Migration, Digitalisierung oder Ökonomisierung verändern das Zusammenleben der Menschen und fordern die Stadtgesellschaft und Stadtpolitik. Es bedarf einer Neuausrichtung der Kulturpolitik der Städte, die dazu beitragen muss, die Weltoffenheit der Städte zu bewahren, mit kultureller

Vielfalt umzugehen, die Stadt aber auch als Heimat zu gestalten. Im Forum sollen Rolle und Aufgaben von Kulturpolitik, verstanden als gestaltendes Element von Stadtpolitik, thematisiert sowie notwendige Veränderungen und Rahmenbedingungen diskutiert werden.



Dr. Hans-Georg Küppers
Kulturreferent der Landeshauptstadt München und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages

„Ohne Kultur existieren Städte nicht als lebendige und urbane Orte. Die besten baulich-technischen Stadtstrukturen wären ohne funktionierendes Kulturleben der sozialen Erosion und als Folge davon gesellschaftlichen Verwerfungen preisgegeben. Kultur ist der Schlüssel dazu, Städte attraktiv, erfindungsreich und langfristig zukunftsfähig zu machen. Daher muss die Kultur integraler Bestandteil von Kommunalpolitik sein, kein separater Baukasten. Kultur kann die Methode sein, um das Neue, das Innovative zum Motor der Entwicklung der Stadt zu machen. Kommunale Kulturverwaltungen mit ihrer Kunst- und Kulturförderung wirken als Impulsgeber und sind zugleich immer Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik.“

„Mit Kultur schaffen wir unsere Welt und verändern sie auch. Deshalb muss bei der Stadtentwicklung die kulturelle Dimension immer mitgedacht werden. Wie wollen wir in Zukunft leben? Für diese Frage bietet Kultur den Kommunikationsraum. Wie finden wir, bei aller Verschiedenheit, zu einem „Wir“ in der Stadt? Wie sieht ein emanzipierter Heimatbegriff aus, der Halt gibt, aber nicht ausgrenzt? Wie gestalten wir unsere Stadtgesellschaft wandlungs- und zukunftsfähig? Für diese Aufgaben braucht Kulturpolitik klare Strategien.“



Eva Leipprand
Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller



Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Vizepräsident des Deutschen Städtetages

„Kultur wird immer mehr zu einem wesentlichen Faktor einer dynamischen Entwicklung der Stadtgesellschaften. Kultur ist das Rückgrat der Urbanität. Eine Stadt ohne Kulturangebote und Infrastruktur ist keine Stadt. Kultur bildet überdies ein Gegengewicht gegen die zunehmende Ökonomisierung öffentlicher Räume. Stadtentwicklung und Kultur gehören daher zusammen. Kulturangebote und kulturelle Infrastruktur tragen wesentlich zum Profil einer Stadt, zur Identitätsbildung und zum interkulturellen Verständnis innerhalb der Stadtgesellschaft bei. In diesem Sinne gilt: Kulturpolitik ist Stadtpolitik.“

Heimat · Zukunft · Stadt – auch eine Frage des Geldes!

Die Trends der Globalisierung und Digitalisierung sowie des klimatischen und demografischen Wandels prägen die Zukunft der Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig. Neue Entwicklungschancen ergeben sich, aber auch völlig neue Herausforderungen und Risiken. Wie zukunftsfähig sind die deutschen

Städte und welche Faktoren geben den Ausschlag? Wie sind die Chancen und Risiken unter den Städten verteilt? Welche Ansatzpunkte haben Bund, Länder und Kommunen, um Unterschiede abzubauen? Welche Förderstrategien und Instrumente sichern die finanzielle Handlungsfähigkeit und die Attraktivität unserer Städte?



Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt
Leipzig und
Stellvertreter der Präsidentin
des Deutschen Städtetages

„Handlungsfähige Kommunen können Menschen beheimaten und ihnen positive Zukunftsaussichten eröffnen. Sie sind die Grundlage für ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Land. Die Finanzlage vieler Städte und das Auseinanderdriften von reichen und armen Kommunen in Ost und West gefährden diese Grundlage auf dramatische Weise. Deswegen bleibt die Entlastung der Kommunen von steigenden Sozialausgaben, die einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe dienen, auch weiterhin nötig. Stärkere Unterstützung benötigen die Städte ordnungspolitisch und investiv vor allem in der Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur, insbesondere beim ÖPNV.“

„Unsere Antwort auf Globalisierung ist Heimat. Sie macht die Menschen stark. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive. Städte sind Heimat. Unsere Städte stehen vor großen Herausforderungen. Der Bund unterstützt unsere Kommunen auf vielfältige Weise und ermöglicht damit, Investitionen auch finanziell abzusichern, obwohl eigentlich die Bundesländer für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind. Aber es ist nicht immer nur eine Frage des Geldes. Darum unterstützt der Bund die Kommunen auch mit Vereinfachungen im Bauplanungsrecht. Sie erhalten darüber größeren Freiraum und mehr Möglichkeiten, um die Zukunft unserer Städte als Heimat zu gestalten.“

Ingbert Liebing
Kommunalpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag



Peter Kaiser
Projektleiter Zukunftsatlas
der Prognos AG

„Leipzig wächst schneller als München! Vollbeschäftigung in Ingolstadt! Arbeitslos in Bremerhaven? Die Voraussetzungen für die Zukunft sind so verschieden wie Nordsee und Alpen. Das zeigt auch der Zukunftsatlas. Anhand von 29 Indikatoren wertet er für jede Stadt ganz konkret aus, in welchen Bereichen es gut läuft und wo es hakt: Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, soziale Lage. Zwar gibt es keine Patentrezepte, aber für jede Herausforderung individuell zugeschnittene Handlungsansätze, mit denen Veränderungen gestaltet und der Wandel aktiv unterstützt werden können. Dafür braucht es neben Ressourcen vor allem Offenheit, Gestaltungswillen und Mut.“

Gender Mainstreaming und Diversity im Kontext kommunaler Gleichstellungspolitik

In vielen Städten werden vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Stadtgesellschaften Konzepte des Diversity Managements entwickelt und umgesetzt, die zahlreiche Schnittstellen zu Instrumenten der Frauenförderung und des Gender

Mainstreamings aufweisen. Die interfraktionelle Frauensitzung thematisiert diese Diskussion und lotet Vernetzungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Instrumente aus. Grundlage ist ein vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages beschlossenes Positionspapier.



Ulrike Hauffe

Landesbeauftragte für Frauen der Freien und Hansestadt Bremen, Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages

„Diversity Management kann ein guter Ansatz zum Abbau und zur Vermeidung von Diskriminierung sein. Der Geschlechterdifferenzierung kommt bei der Beurteilung von Diskriminierung und auf deren Abbau gerichteten Maßnahmen aber eine besondere Bedeutung zu. Explizite Frauenförderung bleibt weiter notwendig, wenn strukturelle Diskriminierung stattfindet.“

„Als Bürgermeisterin liegt mir das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger am Herzen. Diskriminierungstatbestände zu bekämpfen oder zu verhindern bedarf im Sinne der gesamten Stadtgesellschaft einer guten Vernetzung aller relevanten Instrumente und Akteure auf der kommunalen Ebene.“



Sonja Leidemann
Bürgermeisterin
der Stadt Witten



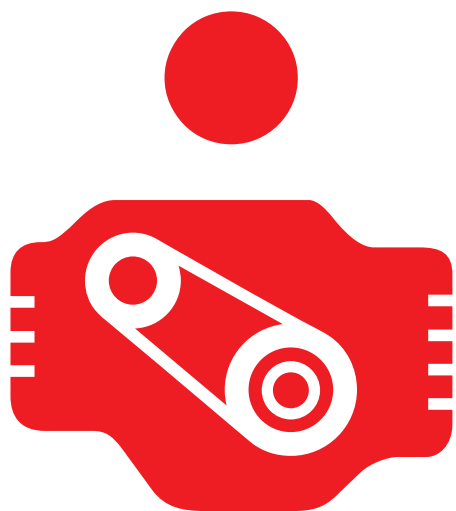
Prof. Dr. Barbara Thiessen

Hochschule für angewandte Wissenschaften, Landshut

„Kommunalpolitik steht vor der Herausforderung, für eine zunehmend heterogener werdende Bevölkerung attraktive Angebote bereitzuhalten und angemessene Konzepte für zukünftige Stadtentwicklung vorzulegen. Hierzu sind präzise Leitbilder und Richtlinien wesentlich. Aus der Perspektive der Geschlechterforschung kann die Reichweite der jeweiligen Konzepte kritisch eingeschätzt werden. Zudem öffnen theoretische Überlegungen zu „intersectionality“ neue Perspektiven der Verknüpfung von Geschlechtergerechtigkeit und Diversity.“



Brummen ist einfach.



Weil die Sparkassen und
die Landesbanken den
Motor unserer Wirtschaft
am Laufen halten.

Mittelstandsfinanzierer Nr. 1

Für die Idee der Europäischen Union werben – bürgernahes Europa verwirklichen

Von Hemut Dedy

Vor kurzem feierte die Europäische Union den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Das Jubiläum war Anlass zum stolzen Rückblick auf das Erreichte. Allerdings erlaubt der gegenwärtige Zustand der Europäischen Union kein zufriedenes Zurücklehnen: Nach wie vor schwelt die Schuldenkrise, der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU steht bevor und viele Details dazu sind ungeklärt, die EU-Mitgliedstaaten können sich nicht auf eine einheitliche Asyl- und Migrationspolitik einigen. Den Ernst der Lage beschreibt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, wenn er von einer „existenziellen Krise“ spricht – so in seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 im Europäischen Parlament. Gleichwohl gibt es keinen Grund zu resignieren. Das Gegenteil muss der Fall sein. Wir sollten das Jubiläumsjahr nutzen, um uns darüber Klarheit zu verschaffen, was wir erreicht haben, worauf wir aufbauen können und was es zu verteidigen gilt. Eine solche Bestandaufnahme mag Orientierung und Motivation bieten für den Blick nach vorn.

Für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten war und ist die Europäische Union das Fundament für ein friedliches Zusammenleben und für wirtschaftliche Entwicklung. Die längste Friedensperiode in Europa und damit auch die längste Periode ununterbrochener städtischer Entwicklung verdanken wir dem europäischen Projekt. Nicht zuletzt die Exportnation Deutschland braucht den Europäischen Binnenmarkt und die damit verbundenen Vorteile der Freizügigkeit von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen.

Die kommunale Dimension der EU

Die Entwicklung der Europäischen Union ist aber auch aus kommunalpolitischer Perspektive eine Erfolgsgeschichte. Die EU hat über den Zeitraum der vergangenen 25 Jahre eine dezidiert kommunale Dimension erhalten. Dies ist bei einer Gemeinschaft, die auf dem Zusammenschluss von Mitgliedstaaten aufbaut und deren wesentliche Gesetzgebungsakteure die nationalen Regierungen sind, keine Selbstverständlichkeit. Auf der anderen Seite war die Entwicklung einer

kommunalen Dimension aber auch notwendig und zwangsläufig. Immerhin betreffen etwa siebzig Prozent der durch europäisches Recht gesetzten Vorgaben die Kommunen. Europapolitik ist inzwischen in vielen Bereichen Kommunalpolitik. Weil die EU ihrem in der Präambel des EU-Vertrages verankerten Anspruch auf Bürgernähe gerecht werden will, war es nur folgerichtig, Mechanismen und Instrumente zu entwickeln, die die kommunale Ebene als ein Element der Mitgliedstaaten stärker hervorheben.

Die Anfänge einer kommunalen Dimension der Europäischen Union liegen im Jahr 1992. Damals wurde mit dem Maastrichter Vertrag das Subsidiaritätsprinzip Bestandteil des europäischen Rechts, sodass auch die Eigenverantwortung der Gemeinden prinzipiell anerkannt wurde. Man kann sicherlich darüber streiten, ob aus der Sicht der Kommunen damit ein wirkungsvolles Instrument geschaffen wurde, um sich gegen ungerechtfertigte Eingriffe in kommunale Aufgabengebiete zu wehren. Entscheidend ist jedoch, dass damit erstmals in der Geschichte der EU eine Entwicklung in Gang kam, auf deren Basis der heutige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die politische Losung für seine laufende Amtsperiode begründet, nämlich „in großen Fragen Größe und Ehrgeiz“ zu zeigen und sich „in kleinen Fragen durch Zurückhaltung und Bescheidenheit“ auszuzeichnen. Mit dem Maastrichter Vertrag wurde zudem der Ausschuss der Regionen (AdR) eingesetzt.

Der nächste große Schritt war die Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten mit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2009. Mit der Aufnahme der kommunalen Selbstverwaltung in das europäische Primärrecht war die Bedeutung der Städte für die EU auch gültig anerkannt.

Flankierend dazu verpflichtete sich die EU-Kommission zum offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden sowie zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge. Darauf pochen wir als kommunale Spitzenverbände, sei es

bei neuen Regelungen zur Wasserversorgung, den Rettungsdiensten, dem Vergaberecht oder Verhandlungen zu Freihandelsabkommen.

Man kann auf der Habenseite der EU zweifelsohne viele weitere Dinge auflisten, bei denen das Zusammenwirken in einer Gemeinschaft viel erreicht hat. Und dies gilt genauso für die aktuellen Herausforderungen – angefangen beim Klimawandel über die weltweiten Migrationsbewegungen bis zur Globalisierung und dem damit verbundenen Aufstieg von Volkswirtschaften in Asien.

Allerdings ist die Europadebatte heute eher von Selbstzweifel, Skepsis oder gar offener Ablehnung geprägt. Wir erleben einen enormen Vertrauensverlust in die Problemlösungsfähigkeit der EU und den Rückzug auf das Nationale, das im Brexit seine vielleicht radikalste Ausformung erhalten hat.

Die Erzählung von der europäischen Integration kennt ein durchgängiges Sujet: Es besagt, dass die europäische Integration aus Krisen immer gestärkt hervorgegangen sei. Es sei dahingestellt, ob das immer zutraf. Aber viele Europäer und die deutschen Städte wünschen sich, dass es wenigstens für die jetzige Krise zutrifft. Mit purem Vertrauen auf eine entsprechende Entwicklung wird es allerdings nicht getan sein. Es bedarf schon des Engagements all derjenigen, die nach wie vor an die Kraft und den Wert der europäischen Gemeinsamkeit glauben und diese auch für verteidigungswert halten. Hier sind wir alle gefordert, an erster Stelle aber sicher die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission. Die Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten haben bei ihrem Gipfeltreffen in Rom im März 2017 mit der Agenda von Rom eine zumindest grobe Vorstellung über die zukünftigen Ziele verabschiedet. Die EU-Kommission hat Anfang März 2017 mit einem Weißbuch zur Zukunft Europas fünf Szenarien für die weitere Entwicklung der EU vorgestellt.

Arbeitsprogramm für kommunale Europapolitik

Zuwanderung und Integration zum Beispiel werden auch in den nächsten Jahren ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Die Europäische Union spielt dabei eine entscheidende Rolle. Wir brauchen eine europäische Asylpolitik und wir brauchen mehr

Solidarität in der Europäischen Union. Für die Städte als Hauptbetroffene der Flüchtlingszuwanderung ist das ein wichtiges Themenfeld. Das werde ich auch in den kommenden zwei Jahren als Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) deutlich machen.

Solidarität ist auch ein zentrales Stichwort der europäischen Kohäsionspolitik, deren Neukonzeption ab dem Jahr 2021 bereits jetzt verhandelt wird. In der europäischen Kohäsionspolitik wird Europa auf kommunaler Ebene sichtbar und erlebbar. Sie zielt auf den Abbau von Entwicklungsunterschieden unter den und in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und hat damit einen besonderen Bezug zu den Städten und den Bürgerinnen und Bürgern. Damit die europäische Kohäsionspolitik diese Rolle auch in der neuen Förderperiode ab 2021 erfüllen kann, müssen wir uns intensiv an dieser Debatte beteiligen.

Beitrag der Kommunen zu einer bürgernahen EU

An dem Bemühen, die Europäische Union wieder zu stärken und vor allem das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt wieder herzustellen, sollten sich auch die Kommunen beteiligen. Hierfür sehe ich vor allem zwei Ansätze: Wir müssen immer wieder unsere kommunalen Anliegen in die europäische Agenda einbringen und wir müssen mit-helfen, unseren Bürgerinnen und Bürgern „Europa“ zu erklären. Beides, die Vertretung kommunaler Interessen auf europäischer Ebene und das Verständnis der Menschen in unseren Städten für den europäischen Weg sind unser Beitrag zur Stabilität der Europäischen Union. Die europäischen Werte und die europäische Integration sind ein wichtiges Fundament für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in unseren Kommunen. Hierfür werden wir uns weiterhin stark machen. Helfen wir mit, die Idee des politischen und wirtschaftlichen Zusammenwirkens in Europa den Menschen nahezubringen und werden wir so der Rolle gerecht, die die Kommunen in diesem Zusammenhang immer schon spielten – als Förderer des europäischen Zusammenschlusses von „unten“ im Sinne eines Europas der Bürgerinnen und Bürger.

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Kommunale Investitionen stärken – Investitionsrückstand abbauen

Von Verena Göppert

Der Investitionsrückstand in den Städten ist nach wie vor groß. Viel zu lange sahen sich etliche Städte aufgrund ihrer angespannten Haushalte nicht in der Lage wenigstens die Substanz ihrer Infrastruktur zu erhalten, dem Vermögensverzehr entgegen zu wirken oder gar darüber hinaus zu investieren. Die Zahlen des KfW-Kommunalpanels 2017 weisen immer noch einen Investitionsrückstau in den Kommunen von etwa 126 Milliarden Euro aus. Besonders betroffen sind davon die Bereiche Bildung und Verkehr. Hier sehen die Kommunen den höchsten Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur. Dabei zeigt sich wieder einmal, dass besonders die strukturschwachen Kommunen vergleichsweise wenig investieren können, während Städte ohne strukturelle Haushaltsprobleme besser dazu in der Lage sind. Nach den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Ende März konnten bayrische Kommunen 517 Euro pro Einwohner als Sachinvestitionen im Jahr 2016 verbuchen, während es in Nordrhein-Westfalen nur 196 Euro oder in Mecklenburg-Vorpommern nur 169 Euro pro Einwohner waren. Die Städte müssen aber überall in die Infrastruktur investieren können.

Es ist daher richtig, dass sich auch der Bund in der Verantwortung sieht, den finanzschwachen Kommunen auf diesem Feld unter die Arme zu greifen. Er hat in einem ersten Schritt den Kommunalinvestitionsförderungsfonds für finanzschwache Kommunen mit 3,5 Milliarden Euro aufgelegt. Im Zuge der Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurde vereinbart, diesen Fonds um weitere 3,5 Milliarden Euro aufzustocken und finanzielle Hilfen des Bundes für die Schulinfrastruktur zu ermöglichen, was allerdings eine Änderung des Grundgesetzes erfordert. Die Gesetzgebung sollte im Parlament zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Beitrags abgeschlossen sein.

Immer wieder werden Stimmen laut, die Städte wären gar nicht in der Lage und verfügten nicht über die personellen Kapazitäten, die schon bereitgestellten Mittel abzurufen. Der Abfluss der Mittel aus dem Fonds sei denkbar gering. Wieso nun auch noch eine Aufstockung der Mittel und gar noch eine Änderung des Grundgesetzes, damit der Bund auch Investitionen in die schulische Infrastruktur fördern kann? Zum einen kann der Erfolg eines Förderprogramms nach

nur relativ kurzer Zeit nicht nach dem Mittelabfluss bewertet werden. Investitionen benötigen einen zeitlichen Vorlauf für die Planung und Umsetzung. Viele Investitionen sind bereits in Angriff genommen, Aufträge erteilt oder im Vergabeverfahren. Daher lohnt sich ein Blick auf die Planungsstände. Und dort sind zum Beispiel im Land Nordrhein-Westfalen mehr als zwei Drittel der Mittel bereits gebunden. Die Kommunen haben dort fast 1700 Maßnahmen angemeldet.

Daneben ist festzustellen, dass das Personal in den Stadtverwaltungen, nicht zuletzt auch infolge der Flüchtlingsunterbringung nur begrenzt für die zusätzlichen Vorhaben einsetzbar war. Hinzu kommt, dass auch von Ländern Investitionsförderprogramme für Kommunen aufgelegt wurden. Und es kann auch nicht erwartet werden, dass gerade die finanzschwachen Städte Personal „auf Verdacht“ vorhalten, weil möglicherweise zukünftig Förderprogramme von Bund oder Ländern aufgelegt werden könnten. Geeignetes Personal muss dann erst wieder neu gefunden und eingestellt werden. Das kostet Zeit. Und dennoch: Die Städte wollen investieren und werden die Mittel entsprechend verwenden. Es ist gut, dass der Bund hilft und die Städte brauchen diese Unterstützung.

Wichtig ist ebenfalls, dass sich die Regelungen auch für die neue Förderung der schulischen Infrastruktur als praxistauglich erweisen und in den Ländern der notwendige Spielraum bei der landesinternen Verteilung auf die finanzschwachen Kommunen verbleibt, um dem Förderprogramm zum Erfolg zu verhelfen.

Investitionen sind aber auch in Städten, die nicht als finanzschwach gelten, notwendig. Insbesondere wachsende Städte sehen sich Herausforderungen im Wohnungsbau, beim Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder oder der schulischen Infrastruktur ausgesetzt. Vorgaben zur Luftreinhaltung bedingen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und die Mobilität. Dafür brauchen die Städte die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen, für die in erheblichem Maße die Länder Verantwortung tragen.

Verena Göppert
Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages

„Interamt ist für
uns ein wichtiger
Baustein in der
E-Government-
Struktur unserer
Landesverwaltung.“

THOMAS BÜTTNER

Stellvertretender Personal- und Organisations-
referatsleiter, Staatskanzlei Saarland

ALLEN ANFORDERUNGEN MEHR ALS GEWACHSEN

Entscheidender Wettbewerbsvorteil: Interamt empfiehlt sich als zuverlässiger Mitarbeiter für Landesverwaltungen und unterstützt Sie als Teil Ihres E-Governments. Damit Sie jetzt schon bestens gerüstet für die Zukunft sind.
PARTNER AUF AUGENHÖHE: WWW.INTERAMT.DE



INTERAMT.DE

DAS STELLENPORTAL DES
ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Neuwahl



Pforzheim: Zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim wurde **Peter Boch** (CDU) gewählt. Er folgt auf Gert Hager (SPD) und tritt sein Amt am 1. August an. Gert Hager leitet seit 2009 die Geschicke der Stadt.



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen, **Dietlind Grabe-Bolz**, feiert am 19. Juni ihren 60. Geburtstag. Die Sozialdemokratin steht seit 2009 an der Spitze der Universitätsstadt.

Wiederwahl



Sindelfingen: Oberbürgermeister **Dr. Bernd Vöhringer** wurde erneut wiedergewählt. Der Christdemokrat steht seit 2001 an der Spitze der Stadt Sindelfingen. Seit 2002 ist er Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Holger Kelch, Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, feiert am 2. Juli seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt.



Schwäbisch Gmünd: **Richard Arnold** (CDU), Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, wurde im Amt bestätigt. Er steht seit 2009 an der Stadtspitze.



Der Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, **Klaus Mohrs**, wird am 27. Juni 65 Jahre alt. Der Sozialdemokrat ist seit 2012 Oberbürgermeister von Wolfsburg.

Geburtstage



Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, wird am 17. Juni 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2004 an der Spitze der Stadt. Er ist seit 2015 Mitglied im Präsidium und seit 2004 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Frank Baranowski ist derzeit Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK).



Der Oberbürgermeister der Stadt Marburg, **Dr. Thomas Spies**, feiert am 27. Juni seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Universitätsstadt.



Dr. Rosemarie Wilcken, Bürgermeisterin a. D. der Hansestadt Wismar, feiert am 16. Juni ihren 70. Geburtstag. Sie engagierte sich 19 Jahre als Stellvertreterin des Präsidenten bzw. der Präsidentin des Deutschen Städtetages und war zeitgleich Mitglied im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Im Mai 2011 wurde sie als erste Frau zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages gewählt.

Wir fördern das Gute in NRW.



Sportanlage Nordwalde, umgesetzt mit der individuellen Beratung der NRW.BANK.

Wenn es darum geht, ein komplexes Projekt zum Leben zu erwecken, ist gute Teamarbeit Gold wert. Die NRW.BANK ist Partner rund um alle kommunalen Fragestellungen. Im Sinne einer fachlich versierten Unterstützung beraten unsere Spezialisten unabhängig, individuell und kostenlos. Sprechen auch Sie mit uns über Ihre kommunalen Herausforderungen.

0211 91741-4600

www.nrwbank.de/teamarbeit

Deutscher Städtetag

„Heimat. Zukunft. Stadt“

38. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
30. Mai bis 1. Juni 2017 in Nürnberg

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Wirtschaft

Kommunale Politik und Wirtschaftsförderung – zwei Seiten einer Medaille?

Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2017
16. bis 17. November 2017

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Effiziente, erneuerbare und solare Wärmenetze

Praxiswerkstatt des Deutschen Instituts für Urbanistik
28. September 2017 in Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

Kommunale Energiewende – Widerstände durch Kooperation überwinden

Praxiswerkstatt des Deutschen Instituts für Urbanistik
7. September 2017 in Potsdam

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Erneuerbare Wärme – Kommunale Vorbilder zum Nachahmen

Themenseminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
27. September 2017 in Frankfurt am Main

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Verwaltung

Deutschland vor der Wahl: Digitaler Aufbruch oder analoger Stillstand?

5. Zukunftskongress Staat & Verwaltung 2017
20. bis 21. Juni 2017 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Mai 2017

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de